

Lehrkräftemangel

Kreative Ideen im ländlichen Raum





Lehrkräftemangel

Kreative Ideen im ländlichen Raum

Die Klagen über den akuten Lehrkräftemangel in ganz Deutschland reißen nicht ab. Dazu gibt es auch keinen Grund: Statt zu schmelzen, wächst die Personallücke. Besonders hart trifft die fehlgeleitete Politik der letzten Jahre die Schulen im ländlichen Raum, speziell im Osten. Wie stemmen die sich gegen die Entwicklung?

Es ist zum Verzweifeln: Gewarnt wurde seit vielen Jahren, von Gewerkschaften, Elternverbänden, Schulleitungen, Bildungsforschern. Überraschen kann die derzeitige Situation daher niemanden. Und doch fehlt es bis heute an tragfähigen Konzepten, die fehlenden Kapazitäten an deutschen Schulen so auszugleichen, dass Kindern und Jugendlichen die Beschulung ermöglicht wird, auf die sie ein gesetzliches Anrecht haben. Von Lehrpersonal, das dazu physisch und seelisch

bestmöglich in der Lage ist und nicht permanent am Rande der Erschöpfung agiert.

Im jüngst erschienenen Deutschen Schulbarometer der Robert-Bosch-Stiftung, für das bundesweit 1 055 Schulleitungen allgemein- und berufsbildender Schulen befragt wurden, steht das Personaldefizit denn auch als Desiderat an erster Stelle. Doch was tun, wenn nicht genügend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen – oder wenn

die, die es gibt, ihrer beruflichen Zukunft eher in der Stadt als auf dem Land sehen?

■ Stipendien für Landlehrkräfte

Brandenburg bemüht sich, bereits angehende Lehrkräfte für Schulen im ländlichen Raum zu gewinnen. 600 Euro im Monat bekommen Lehramtsstudierende als Stipendium, wenn sie sich dafür entscheiden, ihr Referendariat an einer Landschule zu absolvieren und nach ihrem Abschluss so lange an der Schule zu bleiben, wie sie zuvor gefördert worden sind. Tun sie dies nicht, müssen sie das Geld zurückzahlen.

Für Fritz Fischer kommt ein solcher Wechsel gar nicht infrage. Als einer der ersten von 23 Stipendiaten, die das Angebot

2022 angenommen haben, ist er an der Grundschule in Premnitz, an der er seither unterrichtet, ausgesprochen zufrieden. Er ist – wie im Programm gewünscht – mit seinem Praxissemester hier eingestiegen und nun fest angestellt, bis er demnächst seinen Vorbereitungsdienst beginnt.

Fischer unterrichtet nicht nur gern auf dem Land, gefallen hat ihm auch, dass er sich aus 52 Schulen mit besonderem Bedarf die Stelle aussuchen konnte, anstatt wie sonst üblich für das Referendariat nur Landkreise auswählen zu können. Fischer hat in Potsdam Mathematik und Musik auf Lehramt studiert, und Musik war an der Premnitzer Grundschule ein Mangelfach. Können Schulleitungen eine Stelle ein Jahr lang nicht besetzen, sind

sie für den Stipendenauswahltopf an Bedarfsschulen qualifiziert.

Auch Mecklenburg-Vorpommern bemüht sich seit 2022 mit Finanzierungshilfen um angehende Lehrer. Pauschal 10 Prozent aller Referendarinnen und Referendare im Land können einen monatlichen Zuschlag von 20 Prozent des monatlichen Anwärtergrundbetrages erhalten, wenn sie sich für den Vorbereitungsdienst an Schulen außerhalb der größeren Städte entscheiden und dort nach erfolgreichem Abschluss noch drei Jahre unterrichten.

■ „Lehrerbildungslandpartie“

Seit 2019 sucht Mecklenburg-Vorpommern zudem mit der „Lehrerbildungslandpartie“ Lehramtsstudenten für eine Berufskarriere im ländlichen Raum zu gewinnen. Studierende aus Rostock und Greifswald besuchen ausgewählte Schulen in Vorpommern und an der Mecklenburgischen Seenplatte. Auf der Tour können sie hospitieren, erhalten Führungen und bekommen die Gelegenheit, Lehrkräfte und Schulleitungen nach ihren Erfahrungen mit dem Lehrkräftedasein auf dem Land zu befragen. Kontakte für das Praktikum oder den Vorbereitungsdienst lassen sich auf diesen Reisen ebenfalls knüpfen. Abends kümmert sich dann auch mal die Freiwillige Feuerwehr vor Ort um die Verköstigung der Studierenden, geschlafen wurde 2019 in umgebauten Eisenbahnwagons.

Das Interesse an den mehrtägigen „Lehrerbildungslandpartien“ ist so groß, dass die Veranstaltung 2023 in ihr viertes Jahr geht. Sie wird zudem intensiv beworben, unter anderem mit einem Imagefilm über die erste Reise, wie Mecklenburg-Vorpommern ohnehin mit kleinen Clips Lehrkräfte

und Lehramtsstudierende für die Küste zu interessieren verziert.

■ „Gardelehrer“

Die erste Landpartie für Lehramtsstudierende fand allerdings 2018 woanders statt – in Sachsen-Anhalt, das Ziel der Reise war Gardelegen, eine Stadt mit einer Vielzahl eingemeindeter Dörfer. Die Initiative ging von der Einheitsgemeinde Hansestadt Gardelegen aus. Seit 2017 macht sich der dortige Stadtrat Gedanken darum, wie man junge Lehrkräfte für die Schulstandorte in der Einheitsgemeinde und den Altmarkkreis Salzwedel gewinnen kann. Mit einem entsprechenden Beschluss vom Juni 2018 wurde die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bildung zur Vorreiterin vieler Projekte, die mittlerweile auch in anderen Bundesländern aufgegriffen werden.

Die vom Ministerium für Bildung organisierte Landpartie zählt dazu, aber auch das Stipendium für Lehramtsstudierende, die nach Abschluss des Referendariats in der Einheitsgemeinde bleiben. 300 Euro zahlt erhalten die Stipendiaten dafür monatlich – und zwar ab dem 1. Semester bis zum Eintritt ins Referendariat. „Gardelehrer“ heißt das Projekt, das ähnlich wie die bereits beschriebenen Stipendienprogramme darauf zielt, dass die Geförderten den Schulstandorten in der Gemeinde langfristig erhalten bleiben – mindestens so lange nach dem Abschluss, wie sie zuvor gefördert worden sind. Ansonsten muss auch hier zurückgezahlt werden. Um den Berufseinsteigern das Dasein auf dem Land zu erleichtern, unterstützt die Stadt sie zudem bei der Wohnungssuche, stellt auch Bauland zur Verfügung.

■ Freiräume

Nicht nur in Gardelegen bemühen sich Kommunen außer-

> Info

Das Deutsche Schulbarometer der Robert-Bosch-Stiftung ist unter folgendem Link einsehbar: <https://tinyurl.com/2p9dpaj>. Der OECD-Bildungsbericht 2022 findet sich hier: <https://tinyurl.com/22ct8b3z>.

dem, Nachwuchs für das Lehramt schon an den Schulen zu ermitteln – und Interessierte zu ermutigen und durch regelmäßige Informationen bei der Stange zu halten. Die Schulleitungen tun, was sie können, um den Lehrbetrieb so gut wie möglich aufrechtzuerhalten. Dennoch: Das entstandene Personaldefizit wird sich auch durch noch so großes persönliches Engagement nicht ausgleichen lassen.

Nach Ansicht der OECD reicht das Problem ohnehin viel tiefer. Der Lehrkräftemangel in Deutschland sei „hausgemacht“, so der OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher. Der Mangel hänge nicht am Geld, heißt es im aktuellen OECD-Bildungsbericht vom Oktober 2022. Im internationalen Vergleich verdienten Lehrkräfte in Deutschland genug. Trotzdem seien die Personalprobleme hier besonders groß.

Denn der Beruf – und das ist nach OECD-Sicht das entscheidende Manko – sei trotz der Aussicht auf einen gut bezahlten, sicheren Beamtenjob für junge Leute zu unattraktiv. Das liege an den schlechten Arbeitsbedingungen und Berufsperspektiven. Lehrkräfte in Deutschland, so das Fazit, hätten viel zu wenig Gelegenheit, das zu tun, wofür sie eigentlich in den Beruf gegangen seien: jungen Menschen zu helfen, ihren Weg zu finden, und sie auf diesem Weg zu begleiten. Lehrkräfte bräuchten Freiräume – um eigene Ideen zu entwickeln, kreative Unterrichtskonzepte zu erproben, sich mit anderen austauschen und ge-

meinsam im Teams arbeiten zu können. Genau daran aber hapere es.

Bis 2035, so die derzeitigen Prognosen, wird sich der Lehrkräftemangel noch verschärfen. Die Kultusministerkonferenz geht bis dahin von einem Lehrkräftebedarf von einer halben Million aus. Höchste Zeit also, endlich grundsätzliche Reformen in Angriff zu nehmen, von Ausbildung bis Berufsalltag. Damit sich wieder mehr junge Menschen für das Lehramt entscheiden – auch in den ländlichen Regionen.

Andrea Böltken

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende des dbb landesbundes mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: Model Foto: Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigenposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 26, gültig ab 1.1.2023

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Neujahrsempfang der Ministerpräsidentin

Dank für die Leistungen des öffentlichen Dienstes

Der dbb mecklenburg-vorpommern war zu Gast beim Neujahrsempfang von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

Der Vorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, nahm am 16. Januar 2023 als einer von rund 300 Gästen am politischen Start ins Jahr 2023, dem Neujahrsempfang der Ministerpräsidentin, in der Stadthalle Greifswald teil.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zeigte sich überzeugt, dass trotz der Krisen 2023 durch die weiterentwickelten Aktivitäten der Landesregierung und des dbb mecklenburg-vorpommern ein wichtiges Jahr für den öffentlichen Dienst des Landes in Bezug auf Attraktivitätssteigerung und Nachwuchsgewinnung sein wird. Ein wichtiger Baustein dafür wer-



> dbb Landeschef Dietmar Knecht im Gespräch mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

den die Einkommensrunden bei Bund, Land und Kommunen sein. Die Ministerpräsidentin

erwähnte die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausdrücklich in ihrer Ansprache:

„Ich bedanke mich bei allen herzlich, die mitgeholfen haben, Mecklenburg-Vorpommern gut durch die Coronapandemie und die Energiekrise zu bringen. Diesen Dank richte ich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung und in den kommunalen Verwaltungen. Viele von ihnen haben in den letzten drei Jahren besondere Leistungen erbracht. Oft wurde bis in den Abend und am Wochenende gearbeitet. Wir wissen, dass wir uns auch in schweren Zeiten jederzeit auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung verlassen können. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich“, so Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

Während des Empfangs konnten vielfältige Gespräche geführt werden. ■

Bundesgewerkschaftstag in Berlin

Zurück zum einheitlichen Beamtenrecht

Der dbb mecklenburg-vorpommern setzte auf dem Bundesgewerkschaftstag einen Antrag zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts durch.

„Fast 20 Delegierte aus unserem Bundesland nahmen am dbb Bundesgewerkschaftstag Ende November 2022 in Berlin teil. Bei drei stimmberechtigten Delegierten, die der dbb Landesbund selbst stellen konnte, zeigt dies die tiefe Verwurzelung unserer Kolleginnen und Kollegen in ihren jeweiligen Gewerkschaften. Diese tragen – jeder an seinem Platz – zur weiteren Anerkennung des dbb als Gesamtorganisation bei“, stellte dbb Landesvor-

sitzender Dietmar Knecht beim Treffen der Delegierten Mecklenburg-Vorpommerns zufrieden fest. Einer der Teilnehmer war Wolfgang Suhrbier (BSBD), der sich zur Wiederwahl für das dbb Schiedsgericht stellte und zu dessen Vorsitzendem er am 12. Januar 2023 in der dbb Bundesgeschäftsstelle gewählt wurde.

Der dbb mecklenburg-vorpommern beteiligte sich mit acht Anträgen am insgesamt meh-

rere Hundert Anträge umfassenden Antragsmarathon in Berlin.

„Dabei hat sich unser Antrag ‚Zurück zu einheitlichem Beamtenrecht von Bund, Ländern und Kommunen‘ sozusagen als Leitantrag durchgesetzt“, freut sich Knecht.

In ihm gehe es darum, dass die durch die sogenannte „Föderalismusreform II“ vollzogene Zersplitterung im Beamten-

recht rückgängig gemacht und durch ein neues, bundesweit einheitliches Beamtenrecht ersetzt wird.

Dieses soll die vielen unterschiedlichen Regelungen und Ausgestaltungen im Beamten-, Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht beim Bund und in den Ländern durch einheitliche Regelungen ersetzen, so Knecht weiter.

Seit der Einführung des Föderalismus im Beamtenrecht hätten sich die Unterschiede in den gesetzlichen Regelungen des Bundes und der 16



> Delegierte aus Mecklenburg-Vorpommern

Länder in den vier Rechtsbereichen Beamten-, Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht inzwischen immens vergrößert. Eine Reihe von Ländern habe eigene, sehr unterschiedliche Regelungen. Andere Länder wiederum wendeten in vielen Teilbereichen weiterhin die Bundesregelungen an. Die Regelungsspanne sei so groß, dass eine Vergleichbarkeit an vielen Stellen nicht mehr gegeben sei und von gleichartigen Rahmenbedingungen nicht mehr ausgegangen werden könne.

Einige Länder nutzten ihre föderalen Freiheiten, um sich durch zusätzliche, höhere Leistungen bei der Personalgewinnung Vorteile zu verschaffen, andere Länder, um zulasten der Beamten zusätzliche Sparmaßnahmen zu erzielen. Dies führe inzwischen zu deutlichen Standortnachteilen für ärmere beziehungsweise restriktiver agierende Länder. Dies werde besonders bei der Besoldung deutlich, setze sich aber in allen Bereichen des Beamtenrechts fort, wie Knecht darlegte. ■

BDR Mecklenburg-Vorpommern stellt sich neu auf

Strategiegespräch mit dem dbb Landesvorsitzenden

Nachdem die Mitgliederversammlung im September 2022 eine Satzungsänderung beschlossen hatte, wurde auch ein neuer Vorstand des BDR-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Carsten Neißner ist sein neuer Vorstandsvorsitzender.

In einer konstituierenden Vorstandssitzung im Oktober war Carsten Neißner zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt worden. Unterstützung erfährt er vom stellvertretenden Vorsitzenden Heiko Käckenmeister, beide bereits seit Langem aktive Mitglieder im Verband und darüber hinaus stets engagiert im Vorstand. Christian Meier reiht sich erneut in die Riege des Vorstands als Beisitzer ein.

Als Neuzugänge und Vorstands-Neulinge erklärten sich Anne-Kathrin Haack als neue Schatzmeisterin und Mareike Walther als Zweite Besitzerin bereit, zukünftig die Vereinsarbeit zu unterstützen und aktiv am Vorstandsgeschehen mitzuwirken.

Insgesamt verfügt der BDR über knapp 90 Jahre Verbands-

erfahrung und ist innerhalb der Justiz unseres Landes in den verschiedenen Behörden vertreten.

Getreu dem Motto „Zusammenhalten und zusammen schaffen!“ hat es sich der neue Landesvorstand zur Aufgabe gemacht, die Anliegen der Mitglieder und auch des Berufsstandes des Rechtspflegers entschlossen zu vertreten und bei der Umsetzung neuer, aber auch alter Ziele voller Taten drang mitzuwirken.

► **Moderne Kommunikation im BDR**

Neben der Umsetzung von großen Zielen wie einer dem Dienstposten angemessenen Besoldung durch Stellenanhebungen im Rechtspflegerbereich werden auch kurzfristige Ziele auf der Tagesordnung

stehen, welche die tägliche Arbeit der Rechtspfleger erleichtern sollen. Dazu gehört unter anderem ein benutzerfreundlicher Umgang mit der E-Akten-Technik sowie die Schaffung von Rechtspflegerpräsidien.

Eines der größten Ziele des neuen Vorstands ist die Transparenz und Präsenz den Mitgliedern des Vereins gegenüber.

Durch die Wiedereinführung von Stammtischen oder auch durch transparente Kommunikation und Darstellung der Vorhaben soll der Zusammenhalt des Vereins und der Informations- und vor allem der Ideenaustausch gestärkt werden.

Durch ein modernes Auftreten auf der neuen Website des BDR sowie durch die Vernetzung

auf Facebook und Instagram will der Vorstand noch intensiver und offener in den Austausch treten und auch neue Mitglieder erreichen.

► **Brennpunkt amtsangemessene Besoldung**

Auch die Zusammenarbeit mit dem dbb mecklenburg-vorpommern als Dachverband soll weiter intensiviert werden. So fand am 4. Januar ein Gespräch zwischen dem Vorstand des BDR-Landesverbandes und dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht zum Thema der amtsangemessenen Besoldung statt.

Das Thema hat durch die jüngsten Entscheidungen diverser Obergerichte erneut an Aktualität gewonnen. Die abschließende Beschlussfassung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Einstufung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Serviceeinheiten in die Entgeltgruppe 9 des TVÖD hat erneut dringlich die Frage des Abstandsgebots bei der Besoldung der Rechtspfle-

ger aufgeworfen. Vor dem Hintergrund der durch die Coronapandemie und die anschließende Öl- und Gaspreiskrise drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten muss grundsätzlich die Frage gestellt werden, ob die derzeitige Besoldung im gehobenen Justizdienst noch dem verfassungsmäßig verbrieften Recht auf eine angemessene und auskömmliche Entlohnung der

Kolleginnen und Kollegen entspricht.

Vor diesem Hintergrund wurde von den Vorstandsmitgliedern Carsten Neißner, Heiko Käckenmeister und Christian Meier mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit abgestimmt. Die Problematik war ebenfalls ein zentrales Thema

beim Gespräch zwischen dem BDR-Vorstand, Dietmar Knecht und der Justizministerin am 31. Januar 2023. Der Vorstand brachte deutlich zur Sprache, dass vor dem Hintergrund des allgemeinen Fachkräftemangels und der von zahlreichen anderen Bundesländern und Behörden deutlich großzügiger gehandhabten Besoldungspraxis dringender Handlungsbedarf

für Mecklenburg-Vorpommern besteht. „Nur durch die Sicherstellung einer auskömmlichen und amtsangemessenen Besoldung aller Kolleginnen und Kollegen kann dauerhaft gewährleistet werden, dass die Justiz unseres Landes weiterhin so effektive Arbeit zu leisten im Stande ist“, machte der BDR-Landesvorsitzende Carsten Neißner deutlich. ■

Konferenz zu Mitwirkung und Mitbestimmung

Betriebsratsarbeit in Zeiten der Digitalisierung

Am 11. Januar fand in Berlin eine gemeinsame Betriebsrätekonferenz von CDU und CDA statt, an der auch der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Krupp teilnahm.

Fast 300 Betriebsräte, Personalräte, Mitarbeiter- und Jugendvertreter aus ganz Deutschland waren der Einladung gefolgt und stellten sich die großen Fragen: Wie gestalten wir die Zukunft der Arbeit? Wie bewahren wir den Industriestandort Deutschland? Wie sichern wir Wohlstand und Arbeitsplätze in einer alternden Gesellschaft? Welche Wege führen aus dem Fachkräftemangel?

Aber auch: Was können Betriebs- oder Personalräte noch bewirken, wenn Arbeit immer digitaler, dezentraler und internationaler wird?

Am Rande der Konferenz traf Thomas Krupp auf den CDU-Generalsekretär Mario Czaja, den er darauf hinwies, dass auch der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften viel zu dem Thema beizutragen haben. In den vergangenen Jahren sei dem öffentlichen Dienst insgesamt zu wenig Beachtung geschenkt worden, so Krupp. Er bedauerte, dass in den Gesprächsrunden und als Podi-



> CDU-Generalsekretär Mario Czaja (links) und Thomas Krupp, stellvertretender dbb Landesvorsitzender und Vorsitzender der komba mecklenburg-vorpommern

umsgäste keine Vertreter des dbb Gelegenheit bekommen hätten, ihren Standpunkt und ihre Anregungen zu formulieren. Er hoffe, dass der dbb als der Spitzenverband der Ge-

werkschaften des öffentlichen Dienstes in Zukunft entsprechend berücksichtigt werde. „Es gibt gerade in den privatisierten Bereichen wie Post und Bahn, aber auch im Rettungs-

dienst und im öffentlichen Dienst insgesamt sehr aktive Betriebsräte und auch Personalräte, die Mitbestimmung im Sinne der Kolleginnen und Kollegen wahrnehmen“, betonte Krupp, der auch Landesvorsitzender der komba mecklenburg-vorpommern ist. Dennoch unterstütze die komba mecklenburg-vorpommern die Aussage Czajas, dass Mitwirkung und Mitbestimmung von Arbeitnehmern zu den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft gehören. Neue Unternehmen und neue Arbeitsformen dürften Mitbestimmung nicht aushöhlen und zu schlechten Arbeitsbedingungen führen. „Einen Betriebsrat zu haben, ist keine Gefahr, sondern bedeutet, dass man besser mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommunizieren kann“, machte Czaja deutlich.

Krupp ergänzte: „Für eine funktionierende Wirtschaft sind die durch den öffentlichen Dienst festgelegten Rahmenbedingungen von elementarer Bedeutung. Deshalb ruht auf den Beamten und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst auch gegenüber der Wirtschaft eine besondere Verantwortung.“ ■

Vorstoß der CDU-Landtagsfraktion begrüßt

Regierung und Opposition müssen an einem Strang ziehen!

Der dbb mecklenburg-vorpommern und seine Bildungsgewerkschaften fordern erneut die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung und die Bildung von Lebensarbeitszeitkonten für Lehrkräfte.

Die CDU-Landtagsfraktion hat auf der Landtagssitzung am 25. Januar einen Antrag eingebracht, der einen seit dem Sommer 2021 vom Verband Bildung und Erziehung (VBE), der größten Lehrgewerkschaft innerhalb des dbb mecklenburg-vorpommern, eingebrachten Vorschlag zur Absenkung der Unterrichtsverpflichtung aufgreift.

„Der dbb mecklenburg-vorpommern und seine Bildungsgewerkschaften hatten bereits mit Bekanntwerden des rot-roten Koalitionsvertrages kritisiert, dass die demotivierend hohe Unterrichtsverpflichtung, die höchste im Bundesdurchschnitt, erst zum Ende der Legislaturperiode auf den Prüfstand soll“, sagte dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht.

Demzufolge beinhaltet der Antrag die Aufforderung an die Landesregierung, vom kommenden Schuljahr an unter anderem verbindlich Lebensarbeitszeitkonten einzuführen sowie die Unterrichtsverpflichtung auf 25 Stunden herabzusetzen. Damit der Lehrkräftemangel durch die Absenkung nicht weiter verstärkt wird, soll eine Reserve in Höhe von zwei Stunden wöchentlich gebildet werden, die dann in die zu bildenden Lebensarbeitszeitkonten der Lehrkräfte Einzug finden, um zu einem späteren Zeitpunkt Wirkung zu entfalten.

„Der Vorschlag ist zum einen geeignet, die Bestandslehrkräfte zu motivieren, und zum anderen, das Interesse von Lehrerinnen und Lehrern aus anderen Bundesländern zu wecken, in Mecklenburg-Vorpommern tätig zu werden. Daher mein Appell an alle Kräfte in Opposition und Regierung, zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer jetzt an einem Strang zu ziehen und nicht in ein parteipolitisches Gezänk abzudriften“, so Knecht. Er bedauerte, dass der Antrag mit den Stimmen der Regierungskoalition dennoch abgelehnt wurde.

Nachruf

Manfred Müller

„Was ein Mensch an Gutem in die Welt hinausgibt, geht nicht verloren.“ (Albert Schweitzer)

Am 13. November 2022 verstarb das langjährige Mitglied des dbb Landeshauptvorstandes, Manfred Müller. Mit großer Betroffenheit haben der dbb mecklenburg-vorpommern und der Vorstand der vbba Landesgruppe Nord auf den Tod des Ehrenmitgliedes Manfred Müller reagiert. Die vbba Landesvorsitzende Agnes Ranke: „Das ist eine wirklich traurige Nachricht, die uns kurz nach der Landesvorstandssitzung erreicht hat. Manfred hat die vbba Nord mit großem Engagement vertreten. Am 1. September 1990 in die regionale Gruppe Neubrandenburg eingetreten, entwickelte er schnell die besondere Leidenschaft, den Gedanken der vbba zu leben und unermüdlich weiterzutragen. So war er für zwei

Jahrzehnte insbesondere für die Senioren im Landesvorstand tätig. Im Herzen aber ist Manfred immer unser ‚Berufsjugendlicher‘ geblieben, die Jugend lag ihm sehr am Herzen. Hier engagierte er sich in besonderem Maße. Auch deshalb haben wir ihn zu unserem Ehrenmitglied ernannt“, so Ranke.

Mit Trauer reagierte auch der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht: „Die dbb Familie verliert einen engagierten Kollegen und Gewerkschafter, vor allem aber einen Menschen, der bis zum Schluss vielen von uns Ratgeber und Freund war. Gern erinnere ich mich an die Zeit, als er mir in meiner damaligen Funktion als Vorsitzender der dbb Jugend mit seinem Engagement für junge

Menschen an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Schwerin unter die Arme griff. Legendar sind beispielsweise die Anmietung ganzer Straßenbahnen geworden, um zu Studienbeginn den HdBA-Neulingen die Landeshauptstadt Schwerin, vor allem aber den vbba näherzubringen.“

Von der Aufnahme des vbba am 1. November 1993 in den dbb mecklenburg-vorpommern an hat Manfred Müller bis zu seinem ehrenvollen Ausscheiden im Dezember 2007 als Mitglied des Landeshauptvorstandes die Geschicke des gewerkschaftlichen Dachverbandes wesentlich mitgeprägt. Dafür wurde ihm 2004 die dbb Ehrenmedaille verliehen.

Knecht: „Neben den Ehrenämtern im vbba und dbb möchte ich aber auch seine berufliche Tätigkeit nach der Wende hervorheben, in der er schnell und effektiv völlig neue Arbeitsmarktregularien in den neuen Bundesländern einführen musste. Hier half Manfred den



> Manfred Müller

Betroffenen in einer Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, in der Tausende Betriebe dichtgemacht wurden, sich auf dem neuen Arbeitsmarkt zurechtzufinden. Alle Gesprächspartner und Mitstreiter schätzten seine unerschütterlich ruhige und sachliche Herangehensweise, seinen Optimismus sowie den oft hintergründigen Humor“, so der dbb Landesvorsitzende.

In aufrichtiger Anteilnahme gilt unser Mitgefühl der Familie. Wir werden Manfred Müller als Kollegen, Mitstreiter und Freund ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ausblick auf 2023

SBB hat viel vor

Im neuen Jahr geht es nun endlich wieder richtig los. Wir begegnen uns persönlich, was für uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter enorm wichtig ist.

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

und wieder starten wir in ein neues und ganz sicher arbeitsreiches Jahr.

Und eines vorweg: Ihnen und euch allen wünsche ich Erfolg, Gesundheit und jede Menge glückliche Momente in 2023! Und ich wünsche uns viele Begegnungen, gute Gespräche und natürlich maximalen Erfolg.

Nach den Zeiten der Pandemie scheint es nun wirklich (endlich!) wieder richtig loszugehen. Wir begegnen uns persönlich, was für uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter enorm wichtig ist.

■ Zwei Einkommensrunden

Als SBB-Familie haben wir viel vor in diesem Jahr. Zwei große Einkommensrunden – im Frühjahr für die Be-

schäftigten bei Bund und Kommunen, im Herbst für die des Landes – liegen vor uns. Diese starten vor dem Hintergrund explodierender Kosten für die Lebenshaltung, Energie, Kraftstoffe, Lebensmittel – die Preisentwicklung hat die Inflation in unerwartete Höhen steigen lassen. Hinzu kommt der Fachkräftemangel in nahezu allen Bereichen unseres öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche. Es fehlt an Wertschätzung und Vertrauen in die Beschäftigten. Es hakt bei der Digitalisierung. Die Demokratie ist fast täglich Angriffen ausgesetzt, ebenso leider auch deren Rückgrat, deren Stützpfeiler – unsere Kolleginnen und Kollegen.

Ein Grund zum Klagen? Ein Grund, in unserem Einsatz nachzulassen? Nein! Als SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen werden wir auch in diesem Jahr in Herausforderungen Chancen sehen, wie es das Motto unseres letzten Gewerkschaftstages so zutref-

fend für unsere Arbeit formuliert hat. Und wir werden weiterhin gemeinsam in unserer SBB-Familie selbstbewusst für unsere berechtigten Forderungen, für unsere Anliegen, für unsere Kolleginnen und Kollegen streiten.

Fakt ist, gemeinsam mit unseren 38 Fachgewerkschaften, mit allen Mitgliedern, mit unseren Freunden und Unterstützern können wir eine Menge bewegen. Wenn unsere gelebten Werte, wenn Solidarität, Gemeinschaft, und Gerechtigkeit unser Denken, unser Handeln bestimmen, ist mir um die vor uns stehenden Herausforderungen nicht bange.

■ SBB Gewerkschaftstag im April

Dies ist auch der beste Moment, um auf unseren 8. Gewerkschaftstag am 27. und 28. April 2023 in Dresden hinzuweisen. Er wird ein wirkliches Highlight unserer Arbeit sein und in personeller und inhaltli-



cher Hinsicht die Weichen für die Arbeit der nächsten fünf Jahre stellen. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Motto in diesem Jahr wird sein: Wirkung kommt von WIR. Gemeinsam mehr erreichen. WIR im SBB.

Ich möchte Sie und euch herzlich einladen, uns auch in diesem Jahr zu begleiten, zu unterstützen und einfach ein Teil dieses WIR zu sein. Themen und Herausforderungen gibt es genug. Wir wollen und werden auch weiterhin Zukunft gestalten.

*Eure
Nannette Seidler,
Landesvorsitzende*

Aktion im Dresdner Regierungsviertel

Heiße Suppe ... statt leerer Worte

Was hat Kartoffelsuppe mit Wertschätzung für den öffentlichen Dienst zu tun?

Auf den ersten Blick schwierig zu beantworten, aber für uns als SBB-Familie durchaus erklärbar. Unter dem Motto „Heiße Suppe ... statt leerer Worte – Mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst!“

haben wir am 17. Januar 2023 im Regierungsviertel in Dresden zu leckerer Kartoffelsuppe und zum Austausch geladen.

Ziel unserer Aktion war es, mit Kolleginnen und Kollegen, aber

auch mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung ins Gespräch zu kommen. Wir wollten zuhören. Aber vor allem wollten wir deutlich machen, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes kein Kostenfaktor sind, sondern diejenigen, die „Staat machen“. Deren Arbeit fürs Gemeinwohl, für die Demokratie wird jedoch

viel zu selten wertgeschätzt. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes werden angepöbelt und angegriffen. Ihre berechtigten Forderungen werden ausgesessen und ignoriert. Für uns darf das so nicht weitergehen.

Unserem Ruf folgten zahlreiche Gewerkschafterinnen und

Gewerkschafter der umliegenden Behörden. Und es kamen Vertreter aus Politik und Verwaltung, denen unser Thema ganz offensichtlich auch wichtig war.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass nicht jeder der vorbeieilenden potenziellen Gesprächspartner sich die Zeit nahm, ein paar Worte mit uns zu wechseln, uns nicht einmal ein „Hallo“ zuzurufen wollten. Für uns ein Zeichen dafür, dass wir mit unserer Aktion absolut richtig lagen. Denn miteinander zu reden ist gerade dann essenziell, wenn man regelmäßig an verschiedenen Seiten des Tisches sitzt.

Wir kommen also wieder!

*Nannette Seidler,
Landesvorsitzende*



> Staatsminister Christian Piwarz (Kultusministerium) im Gespräch mit Nannette Seidler und Michael Jung vom SBB



> Staatssekretär Mathias Weilandt vom SMJusDEG im Austausch mit Nannette Seidler

> Kommentar DSTG

Wertschätzung hat viele Gesichter. Im öffentlichen Dienst ist da noch Luft nach oben!

Zur Aktion des SBB „Heiße Suppe ... statt leerer Worte – Mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst“ wurde ein Angebot unterbreitet, ganz zwanglos und ergebnisoffen mit Bediensteten des öffentlichen Dienstes ins Gespräch zu kommen. Trotz persönlicher Einladung fanden nicht alle Vertreter der verschiedenen Ministerien den Weg zu unserer Veranstaltung. Leider hatte auch unser Finanzminister offensichtlich andere Termine.

Was die Bediensteten des öffentlichen Dienstes betrifft, kann ich nur mutmaßen, dass vielen der Appetit wegen fehlender Wertschätzung vergangen ist.

*Jens Kunad,
Vorsitzender DSTG Sachsen*

SBB Fachkommission Bildung

Prekäre Lage der Bildungslandschaft

Ein neues Jahr startet mit Zuversicht und Hoffnung. Davon braucht es, mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Situation und die prekäre Lage der Bildung, besonders viel.

Schon mit Beginn des Schuljahres 2022/23 war klar: In allen Schularten kann der Unterricht nicht mehr abgesichert werden. Seit mehr als zehn Jahren warnen die Bildungsgewerkschaften in Sachsen nicht nur vor der demografische Entwicklung und wachsenden Fachkräftemangel, sondern auch vor steigenden Schülerzahlen bei rückläufigen Studierendenzahlen. Hinzu kommt eine steigende Anzahl völlig ausgelaugter Lehrkräfte, die vorzeitig in den Ruhestand eintreten und dafür auch finanzielle Einbußen hinnehmen. An Ersatz für Langzeiterkrankte ist nicht zu denken. Einhundertprozentige Unterrichtsabsicherung wird zum fernen Ideal, und dabei ist das Recht auf Bildung im Grundgesetz verankert.

Land ohne Lehrer

An den Schulen im Freistaat Sachsen hat sich der Lehrkräftemangel, der zu Unterrichtsausfällen im zweistelligen Prozentbereich führt, wie eine lästige Angewohnheit fest etabliert. Der Lehrkräftemarkt ist – auch bundesweit – leer. Mittlerweile steht für keine Schulart in Sachsen mehr ausreichend Personal zur Verfügung.

Bereits im Jahr 2012 war die Aussage der damaligen Kultusministerin Kurth: „Die Unterrichtsversorgung ist auf Kante genäht.“ Sie versprach: „Wir steuern um.“ Alles hoffte auf

ein Umdenken. Durch die strikte Sparsamkeit des sächsischen Finanzministers wurde ein Kurswechsel im Bildungssystem unmöglich gemacht.

Heute – gut zehn Jahre später – werden manche Lehrstellen erst gar nicht im Haushalt eingestellt, weil absehbar keine Bewerber vorhanden sind. Und das wird sich so bald nicht ändern. Über 20 Prozent aller Lehrkräfte an den sächsischen Schulen sind über 60. Die Situation ist existenzgefährdend. Nicht nur für Schule, sondern auch für Ausbildung, Wirtschaft, den kommenden Wohlstand, die Zukunft insgesamt. Haben Schülerinnen und Schüler vor 20 Jahren für einen Ausbildungs- oder Studienplatz Schlange gestanden, so wird die kommende Generation von den Handwerksbetrieben, Unternehmen und Universitäten mit enormem Engagement angeworben. Und dennoch findet ihre schulische Ausbildung, von Unterrichtsausfall begleitet, in überfüllten Klassen statt.

Was wird der Freistaat Sachsen künftig tun? Das Kultusministerium hat die Gewerkschaften in Sachsen zum Krisengipfel eingeladen. Wir sind im Gespräch und werden wie gewohnt konstruktiv, aber kritisch die Vorschläge des Kultusministers zur Verringerung der Personalnot diskutieren. Bislang appelliert das Ministerium an Lehrkräfte in Teilzeit, den Schritt in die Vollzeit zu gehen – freiwillig.



© Maren Winter/AdobeStock

Überlasteter Schulalltag

Aber sind es nicht die Arbeitsbedingungen, die die Lehrkräfte mit ihrem Anspruch an guten Unterricht in genau diese Situation getrieben haben? Schulverwaltungsassistenten entlasten Schulleitungen. Nur dürfen dafür nicht Anrechnungsstunden infrage gestellt werden. Und es muss hier konsequent weitergedacht werden: Lehrkräfte müssen von immer neu hinzugekommenen Aufgaben, die sich in den vergangenen Jahren fast unbemerkt im Schulalltag etabliert hatten, entlastet werden. Alles, was nicht direkt mit dem Unterrichten zu tun hat, gehört auf den Prüfstand: Aufsichten im Schulhaus, Prüfungsaufgabenerstellung, Begleitung von schwierigen und auffälligen Schülerinnen und Schülern, Kontakt zu den Ausbildungsbetrieben und den Kammern und, und, und. Lehrkräfte reparieren technische Geräte, wenn sie akut gebraucht werden oder gestalten ihre Klassenzimmer mit eigens im Baumarkt gekauften Pflanzen. Und Lehrkräfte bringen Arbeitsmaterial wie Stifte und Papier von zu Hause mit.

Mögliche Auswege

Noch hält der Arbeitgeber den Griff nach den Altersermäßigungen für Lehrkräfte ab 58 Jahren – auch dank des Widerstandes der Gewerkschaften – für nicht zielführend, um Arbeitsvermögen zu generieren. Aber wie soll die schwindende Personaldecke künftig kompensiert werden?

Erstens müssen die Lehrkräfte an den Schulen dauerhaft entlastet werden, damit sie sich auf ihre eigentliche Tätigkeit – das Unterrichten – konzentrieren können. Unterstützungspersonal ist ein Schlüssel zur Rückkehr von 100 Prozent Unterrichtsabsicherung.

Zweitens muss zielgerichtet die Gewinnung und Begleitung von Studierenden für die Bedarfsmächer abschlussorientiert forciert werden. Dagegen ziehen andere gegen die Beschäftigten gerichtete Ideen unseren Widerstand nach.

Die zurückliegenden Schuljahre haben uns alle – Lehrkräfte, Schülerinnen, Schüler und Auszubildende – enorm gefordert. Wir unterrichten inklusiv mit dem Anspruch, gemeinsames Lernen ob mit, ob ohne Behinderung zu gestalten. Wir unterrichten digital mit Tablet, Interaktivtafel und nutzen webbasierte E-Learning-Plattformen. Wir unterrichten Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und kämpfen um schulische Erfolge für jeden. Das alles sind Zusatzaufgaben für die Schulen, die dennoch das Konzept von „Schule heute“ ausmachen. Trotzdem konnten Ausbildung und Prüfungen durch engagiertes Vorgehen gemeinsam erfolgreich gelingen. Darin gründet sich Zuversicht und Hoffnung, dem sich drohenden Bildungsnotstand entgegenzutreten.

Dirk Baumbach,
Fachkommission Bildung
im SBB

SBB Frauen

Stammtisch- diskussionen

Bei der „Runden Ecke“ der SBB Frauen werden regelmäßig Probleme und Herausforderungen aus dem Berufsalltag besprochen.

Jedes Mal, wenn ich mich zur „Runden Ecke“ einwähle, bin ich ganz gespannt! Welche Themen werden wir heute besprechen? Welche Probleme und Herausforderungen aus dem Berufsalltag haben die Teilnehmerinnen dieses Mal mitgebracht? Und auch bei den letzten beiden Veranstaltungen im November 2022 und im Januar 2023 erging es mir so, als ich auf „Am Mee-

ting teilnehmen“ klickte. Wir erörterten die geplanten Änderungen des Hochschulfreiheitsgesetzes und deren Auswirkungen auf die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten. Unser Austausch über die aktuellen Möglichkeiten der Nutzung des Homeoffice oder mobilen Arbeitens führte zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass es in den einzelnen Ressorts ganz



> Die Teilnehmerinnen der „Runden Ecke“

unterschiedliche Optionen und Lösungen gibt. Der aktuelle Stand im Bereich der amtsangemessenen Alimentation sowie die zu niedrigen Beihilfesätze auf Heilmittel beschäftigten uns ebenso. Auch die Möglichkeiten, auf den Toiletten Menstruationsprodukte zur Verfügung zu stellen, wurden besprochen. Weiterhin diskutierten wir über die Hürden, mit welchen pflegende Angehörige nach wie vor zu kämpfen haben.

Jetzt schon vormerken: Die nächste „Runde Ecke“ findet

am 15. März 2023 statt. Bitte meldet Euch per E-Mail an frauen@sbb.dbb.de.

SAVE THE DATE: Am 17. Oktober 2023 wird der nächste Landesfrauenkongress unseren neuen Vorstand wählen. Hast du Interesse an unseren Themen und möchtest gerne bei der SBB Frauenvertretung mitgestalten? Dann melde dich oder schau am besten bei der nächsten „Runden Ecke“ vorbei! Wir freuen uns auf dich!

Gabi Stuhr, SBB Frauen

Aus den Mitgliedsgewerkschaften

Berufliche Bildung in der Forstwirtschaft

Das Sächsische Landwirtschaftsministerium veranstaltete das Forstpolitische Forum zum Thema „Berufliche Bildung in der Forstwirtschaft – Stand und Perspektiven“.

Das Sächsische Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft hatte private, Körperschaftliche Waldbesitzer, forstliche Zusammenschlüsse, forstliche Unternehmen und Forstverwaltungen am 28. November 2022 zum nunmehr 16. Forstpolitischen Forum eingeladen, das im imposanten Hasensaal des 450 Jahre alten Jagdschlösses Augustusburg stattfand.

Der Vortrag unseres Staatsministers Wolfram Günther zur „optimalen beruflichen Qualifikation als wesentliche Grundlage für eine zukunftsorientierte integrative naturgemäße Waldbewirtschaftung“ klang

sehr vielversprechend und optimistisch.

■ Kaputtgespart

Dennoch leidet auch die Forstbranche unter einem inzwischen chronischen Fachkräftedefizit aufgrund der Personalkosteneinsparungen. So wurde die Anzahl der Beschäftigten der sächsischen Forstwirtschaft in der Zeit von 1993 bis 2020 um 65 Prozent reduziert. Was intern offensichtlich war, machen die klimabedingten Waldschäden nun auch für Nichtforstleute sichtbar. Nach Jahrzehnten des Kaputtsparens muss endlich umgesteuert werden! Aber wahrscheinlich dauert es noch

ein Jahrzehnt, bis man im armen Sachsenlande versteht, dass man diesen Berufsstand attraktiver machen muss.

■ Was passieren muss

Dazu gehört eine angemessene Vergütung und die Entfristung von Arbeitsverträgen der Forstleute. Zudem muss es für die Ausbildung zukünftiger Forstwirte ausreichend Ausbilder und Forstwirtschaftsmeister geben; nicht nur in Sachsens letzter Ausbildungsstätte Morgenröthe, sondern auch in den Forstbezirken selbst. Denn es mangelt an Ausbildungspersonal (Revierleiter/Referenten) in der Fläche. Und es sind entsprechende Unterrichtsräume und Übernachtungsmöglichkeiten nötig. Dies umso mehr, je besser es gelingt, Interessenten zu gewinnen. Ausreichend Fahrzeuge sind auch immer schwerer zu beschaffen.

Das seit vielen Jahren geplante und nun in Bad Reiboldsgrün entstehende Forstliche Bildungszentrum soll für die komplette Aus- und Fortbildung genutzt werden. Aber bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die Kapazitäten auch hier nicht ausreichen werden.

Es ist erfreulich, dass die Anzahl der Auszubildenden bei den Forstingenieurwärtern und den Referendaren um 50 Prozent erhöht werden konnte. Statt der früher üblichen 20 Forstingenieurwärter und 10 Referendare gibt es hier nun unter anderem 30 beziehungsweise 15 Stellen. Auch die Betreuung beider Laufbahnausbildungen liegt im Argen: Die Hauptlast liegt bei einer einzigen Sachbearbeiterin. Eine entsprechende Referentenstelle ist derzeit unbesetzt.

*Udo Mauersberger,
BDF-Geschäftsführer*

Nachlese zum 8. Gewerkschaftstag

Landesleitung stellt sich vor

Der dbb sachsen-anhalt hat im Oktober gewählt. Nun stellt die neue Landesleitung sich und ihre Ziele vor.

Auf dem 8. Gewerkschaftstag des dbb sachsen-anhalt am 18. und 19. Oktober 2022 haben die Delegierten eine neue Führungsspitze gewählt. Sie besteht aus dem Landesvorsitzenden, der Ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden und weiteren drei Stellvertretern. Das dbb regionalmagazin stellt die neue Führungsriege vor und fragt: „Was wollen Sie für die dbb Mitglieder in den nächsten fünf Jahren erreichen?“

Ulrich Stock, dbb Landesvorsitzender



© Friedhelm Windmüller

> Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt

Der Regierungsoberamtsrat beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt wurde am 7. Februar 1967 in Alfeld (Leine) geboren. Seit 1983 engagiert er sich gewerkschaftlich. Von 1983 bis 1993 war Ulrich Stock Mitglied in der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und von 1988 bis 1997 Mitglied im Bundeswehrverband. Seit 1995 ist er Mitglied in der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) Sachsen-Anhalt. Zwischen 2001 und 2005 war er zunächst Erster stellver-

tretender Landesvorsitzender und steht seit Dezember 2005 an der Spitze der DVG Sachsen-Anhalt.

Erstmals wurde Ulrich Stock vom dbb Gewerkschaftstag 2007 als stellvertretender Landesvorsitzender in die Landesleitung des dbb sachsen-anhalt gewählt und vom 6. Gewerkschaftstag 2012 in diesem Amt bestätigt. Vom 7. Gewerkschaftstag 2017 wurde er zum Ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Innerhalb der Landesleitung war er vorrangig für die Arbeitsbereiche Beamtenrecht, Tarifrecht und Personalvertretungsrecht zuständig. Auf dem 8. dbb Gewerkschaftstag 2022 haben die Delegierten Ulrich Stock nun zum dbb Landesvorsitzenden gewählt.

Von seiner Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt ist Stock derzeit freigestellt. Darüber hinaus ist er auch Erster stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrates beim Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt.

Ulrich Stock: „Personalmangel, gravierende technische und strukturelle Defizite sowie veraltete Funktionsstrukturen machen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu schaffen. Gerade die Coronapandemie hat die politischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte zutage gebracht. Die Politik muss endlich die Zeichen der Zeit erkennen und wieder in diesen öffentlichen Dienst, in die Menschen, die dort arbeiten, und in die Struk-

turen, die die Funktionsfähigkeit und Daseinsvorsorge sicherstellen, investieren. Deshalb werden wir als Interessenvertretung der Beamten und Tarifbeschäftigten, als Spitzenorganisation von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privatisierten Dienstleistungssektors immer wieder den Finger in die Wunde legen und eine Kehrtwende von der Politik in der Personal- und Finanzausstattung des öffentlichen Dienstes fordern.

Iris Herfurth, Erste stellvertretende dbb Landesvorsitzende



© DSTG Sachsen-Anhalt/Peter Gercke

> Iris Herfurth, Erste stellvertretende Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt

Geboren am 13. Februar 1961 in Blankenburg (Harz), ist Iris Herfurth seit 1990 gewerkschaftlich in der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) engagiert. Seit 1991 ist sie Mitglied des Landesvorstandes und seit 2012 Vorsitzende der DSTG Sachsen-Anhalt. Herfurth war Mitausrichterin des 2013 in Sachsen-Anhalt stattfindenden Deutschlandturniers der Finanzverwaltung. Sie ist seit 2010 Vorsitzende

der Finanzsportgemeinschaft Sachsen-Anhalt e. V.

Im April 2017 wurde Iris Herfurth vom 7. dbb Gewerkschaftstag erstmals als stellvertretende Vorsitzende in die dbb Landesleitung gewählt. Insbesondere beamtenrechtliche Themen haben ihre konstruktive Zusammenarbeit in der Landesleitung geprägt. Vom 8. dbb Gewerkschaftstag wurde sie nun zur Ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Dienstlich ist sie seit 2015 als stellvertretende Vorsitzende im Hauptpersonalrat des Ministeriums für Finanzen und als Mitglied im örtlichen Personalrat des Finanzamtes Quedlinburg voll freigestellt.

Herfurth: „Wir alle reden darüber, dass die Arbeitswelt sich laufend verändert. Aber auch Politik und Gewerkschaften müssen in diesem Wandel neue Wege finden, Kommunikation, Meinungsbildung und Mitgliederbindung neu denken. In einer mit Krisen behafteten Zeit, in der soziale Ungleichheit immer mehr im Fokus steht, ist es als Interessenvertreter und Treiber unserer Aufgabe, diesen Wandel zu gestalten. Unsere Fachgewerkschaften und unsere Mitglieder werden entsprechende Unterstützung im dbb suchen und auch brauchen.“

Ziel meiner gesamten Arbeit ist die höhere Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Der Mensch im Mittelpunkt – Fairness, transparente Karriere, Work-Life-Balance, Führung und Zusammenarbeit, eine gesicherte gesellschaftliche Existenz, soziale Einbindung und Zugehörigkeit – kurzum eine wahrgenommene und gelebte

Wertschätzung sind dabei die Bausteine für die erforderliche Attraktivitätsoffensive im öffentlichen Dienst. Ein leistungsstarker öffentlicher Dienst mit einer leistungsbezogenen Bezahlung für gute Arbeit – das ist meine klare Ausrichtung für diese Legislatur.“

▣ **Torsten Grabow, stellvertretender dbb Landesvorsitzender**



© Friedhelm Windmüller

> Torsten Grabow, stellvertretender Landesvorsitzender des dbb Sachsen-Anhalt

Der Diplom-Betriebswirt und Krankenkassenfachwirt wurde am 4. März 1969 in Genthin geboren und ist seit 1990 bei der AOK Sachsen-Anhalt beschäftigt. Seit 2015 ist er dort stellvertretender Personalratsvorsitzender. Seine Heimatgewerkschaft ist die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), deren Mitglied er seit 1992 ist. Im Jahr 2000 wurde Grabow zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdS gewählt, seit 2005 ist er Mitglied in der Bundestarifkommission des dbb und seit 2008 Vorsitzender der Tarifkommission des dbb Sachsen-Anhalt. Im Jahr 2017 wurde er erstmalig in die Landesleitung des dbb Sachsen-Anhalt und zu ihrem stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Grabow: „Die Arbeitswelt unterliegt einem stetigen Wandel und in den letzten zwei Jahren wurde unsere Arbeitswelt auf die Probe gestellt. Arbeitneh-

mer im öffentlichen Dienst sind genauso wie in der Wirtschaft stark von Digitalisierung, Fachkräftemangel, über-vollen Arbeitskörben betroffen. Dies müssen sie mit familiären Belastungen, Kindererziehung sowie Pflege von Familienangehörigen unter einem Hut bringen. Als Tarifangestellter möchte ich insbesondere die Belange der Angestellten bei allen öffentlichen Arbeitgebern vertreten. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die in die neue Arbeitswelt passen. Die Beschäftigten verdienen Arbeitsbedingungen, die sie in die Lage versetzen, ihren Dienst gut und mit ihrem Leben vereinbar zu leisten. Maßnahmen, die die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber dauerhaft steigern, sind unumgänglich.“

▣ **Olaf Sendel, stellvertretender dbb Landesvorsitzender**



© DPoIG Sachsen-Anhalt

> Olaf Sendel, stellvertretender Landesvorsitzender des dbb Sachsen-Anhalt

Der Polizeioberrat in der Polizeiinspektion Halle (Saale) und Leiter des Zentralen Verkehrs- und Autobahneinsatzdienstes mit Sitz in Weißenfels wurde am 30. August 1969 in Lutherstadt Eisleben geboren.

Seit 1991 ist er in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Sachsen-Anhalt organisiert und übernahm 1995 die Landesjugendleitung „JUNGE POLIZEI“ der DPoIG. Ab 1997

war er in der Bundesjugendleitung der JUNGEN POLIZEI. Der damalige erste Landesvorsitzende des dbb Sachsen-Anhalt, Werner-Eckhard Böhm, beauftragte Sendel mit der Bildung der dbb Jugend Sachsen-Anhalt. Er wurde 1998 vom Landesjugendkongress zum Landesvorsitzenden gewählt und blieb bis 2008 Vorsitzender der dbb Jugend Sachsen-Anhalt. Von 2005 bis 2014 gehörte er dem Landesvorstand der DPoIG Sachsen-Anhalt an, wurde 2014 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt und ist seit November 2019 Landesvorsitzender der DPoIG Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus ist Sendel seit 2019 Mitglied des Polizeihauptpersonalrats beim Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt.

Sendel: „Als wesentliches Ziel meiner Arbeit sehe ich die Verbesserung des Personalvertretungsrechts vergleichbar mit Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus möchte ich die Zusammenarbeit sowie gegenseitige Unterstützung der Mitglieds-gewerkschaften innerhalb des dbb Sachsen-Anhalt mitgestalten und stärken: Den kleinsten Verband mitnehmen und Vorteile weiterreichen zum Nutzen aller!“

▣ **Thomas Gaube, stellvertretender dbb Landesvorsitzender**

Thomas Gaube wurde am 4. Februar 1963 in Halle (Saale) geboren. Der Oberstudiendirektor am Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“ in Halle ist Fachlehrer für Mathematik, Physik und Informatik.

Gaube ist Gründungsmitglied des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt (PhVSA) und wurde 1995 dessen Schatzmeister, 2011 stellvertretender Landesvorsitzender. Seit 2016 ist er Landesvorsitzender des PhVSA. Darüber hinaus ist er Vor-



© Friedhelm Windmüller

> Thomas Gaube, stellvertretender Landesvorsitzender des dbb Sachsen-Anhalt

standsmitglied der Vereinigung der Schulleiter an Gymnasien in Sachsen-Anhalt.

Erstmalig wurde Thomas Gaube vom dbb Gewerkschaftstag 2017 in die Landesleitung des dbb Sachsen-Anhalt als stellvertretender Landesvorsitzender gewählt. Auf dem 8. dbb Gewerkschaftstag 2022 haben die Delegierten ihn in dieser Funktion bestätigt.

Gaube: „Ich möchte in meiner Arbeit im dbb Landesbund eine starke, konsequente und verbindende Stimme aller Lehrer-fachgewerkschaften sein. Schulformübergreifend möchte ich mich für die berufspolitischen Interessen aller Lehrerinnen und Lehrer in unserem Bundesland einsetzen und für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, Besoldung und Vergütung sowie die gesellschaftliche Anerkennung ihrer verantwortungsvollen Arbeit einsetzen. Bildungspolitisch gilt es, die Schnittmengen aller dbb Lehrgewerkschaften wirksam und kraftvoll über den dbb Sachsen-Anhalt in den politischen Raum und die Verwaltung zu tragen und so die Arbeit der Fachgewerkschaften wirksam zu unterstützen. Als Mitglied der Landesleitung gilt dieses Engagement natürlich in Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern der Landesleitung für die Interessenvertretung aller Berufsgruppen im dbb.“ ■

Deutscher Anwaltsverein Sachsen-Anhalt

Andreas Schlindwein ist neuer Vorsitzender

Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Anwaltsvereines (DAAV), Landesgruppe Sachsen-Anhalt, im Oktober 2022 in Naumburg wurde der 52-jährige Andreas Schlindwein zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.



Anhalt auf die Fahne geschrieben, sich stärker für die Ausschöpfung der vorhandenen Beförderungstellen einzusetzen und für die Einführung des neuen Spitzenamtes Erster Oberamtsanwalt in der Besoldungsgruppe A 14 zu werben. Ferner sollen die vorhandenen A 13 Z-Stellen in A 14-Stellen umgewandelt werden, um die dynamische Entwicklung des Anspruches des Berufsbildes zu zeigen. „Dies dient der Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes, einer für junge Bewerber modernen, anspruchsvollen und interessanten Laufbahn“, so Schlindwein.

Die Schaffung von unkomplizierten Voraussetzungen für Homeoffice sei ein weiteres Ziel. „Die Coronapandemie hat uns einmal mehr gezeigt, wie wichtig die Entwicklung hin zum virtuellen Arbeiten und Kommunizieren ist. Wer zukunftsfähig bleiben will, muss vor allem jungen Bewerbern flexible Arbeitsformen anbieten“, betonte Schlindwein. ■

> Anke Hahn, stellvertretende Landesvorsitzende des DAAV, und Andreas Schlindwein, Vorsitzender des DAAV

Schlindwein ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Seit 1996 ist er – von kleineren Unterbrechungen abgesehen – bei der Staatsanwaltschaft Halle, Zweigstelle Naumburg, als Oberamtsanwalt tätig.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Sybille Sonn-

tag (Staatsanwaltschaft Halle), Verena Hermann (Staatsanwaltschaft Halle) und Anke Hahn (Staatsanwaltschaft Halle, Zweigstelle Naumburg) gewählt.

Neben den Wahlen des neuen Vorstandes beschlossen die Teilnehmer der Mitglie-

dersammlung die gewerkschaftspolitischen Aufgaben der nächsten zwei Jahre.

Um den Bekanntheitsgrad und die Attraktivität des Berufes der Amtsanwältin/des Amtsanwalts zu steigern, hat sich der DAAV Sachsen-

> DAAV

Der DAAV ist die Interessenvertretung der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte und setzt sich für die Wahrnehmung und Förderung der beruflichen Belange ein und vertritt auch die Ruhestandsbeamten, Versorgungsempfänger und die Nachwuchskräfte der Amtsanwaltslaufbahn.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Sachsen-Anhalt

Justiz bedeutet Sicherheit

Beim IX. Landesvertretertag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) Sachsen-Anhalt wurde Mario Pinkert in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt.

Bereits im November letzten Jahres fand in der Bauhausstadt Dessau-Roßlau der IX. Landesvertretertag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) Sachsen-Anhalt statt. Erneut wurde Mario Pinkert zum Landesvorsitzenden des BSBD gewählt.

Komplettiert wird der Landesvorstand durch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Torsten Gröne, Ausbildungsleiter in der Justizanstalt Raßnitz, Anett Matz, Wirtschaftsverwaltung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Burg, und Nadine Pallas, Mitarbeiterin im Bekleidungsservicecenter. Alfred Altner, Wirtschaftsverwaltung der JVA Halle, wurde in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt.

Als Gäste aus der Politik konnten unter anderem Stefan Eckold, Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz, Guido Kosmehl, Fraktion der FDP, Karin Tschernich-Weiske, Fraktion der CDU, sowie Sebastian Striegel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt werden.

Neben den Wahlen des neuen Landesvorstandes blickte Pinkert auf die letzten fünf Jahre zurück. Ferner beschlossen die Delegierten die gewerkschaftspolitischen Ziele der kommenden fünf Jahre.

In seiner Rede machte Pinkert in Richtung Politik deutlich: „Justiz bedeutet Sicherheit. Die Justizvollzugsbediensteten haben einen vielfältigen Job. Sie leisten einen unverzichtbaren

Beitrag für Rechtsfrieden, Sicherheit und somit für das Allgemeinwohl. Zugleich ist die Tätigkeit mit enormen Herausforderungen verbunden. Sie sind es, die den gesetzlich festgeschriebenen Auftrag der Resozialisierung mit Leben erfüllen. Dafür verdienen sie auch

Nachdem das Vorhaben „Superknast“ nicht auf den Weg gebracht werden konnte, spricht sich die FDP dafür aus, die Justizvollzugslandschaft in Sachsen-Anhalt zu erhalten. In der JVA Volkstedt und in der JVA Frohe Zukunft Halle soll es Erweiterungsbauten geben.

der Strafvollzugsbediensteten machen und brachte ihre Wertschätzung gegenüber den Strafvollzugsbediensteten zum Ausdruck. Ausdrücklich unterstützte sie die Werbekampagnen zur Nachwuchsgewinnung für den Strafvollzug.

Der Parlamentarische Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Sebastian Striegel, betonte in seinem Grußwort, dass der Justizvollzug zukünftig eine stärkere Ausrichtung



> Guido Kosmehl (FDP), Torsten Gröne (BSBD), Steffen Eckhold (Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz), Mario Pinkert (Landesvorsitzender BSBD), Anett Matz (BSBD), Karin Tschernich-Weiske (CDU), Nadine Pallas (BSBD), Sebastian Striegel (Bündnis 90/Die Grünen sowie Alfred Altner (BSBD) (von links)

Wertschätzung“, sagte Pinkert. Kleine und richtige Schritte wären hier unter anderem, die Vollzugszulage mit der Polizeizulage gleichzustellen sowie die Wiedereinführung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. „Der Justizvollzug muss bei öffentlichen Debatten in der Politik um die innere Sicherheit seine entsprechende Berücksichtigung finden“, forderte Pinkert.

Guido Kosmehl (FDP) betonte in seinem Grußwort, dass es hinsichtlich der personellen Ausstattung der Anstalten noch viel zu tun gebe. Er dankte dem Vorstand des BSBD für seine Hartnäckigkeit bei der Bewältigung von Problemen.

Positiv hob Kosmehl die Zahlung einer sogenannten „Gitterzulage“ zum 1. Januar 2023 hervor. Rückwirkend zum 1. Juli 2022 werde diese an die Polizeizulage angepasst. Die „Gitterzulage“ ist eine monatliche Stelvenzulage für Bedienstete, die regelmäßig innerhalb von Vollzugsanstalten tätig sind. Zudem sei es gelungen, zum 1. Januar 2023 die Polizeizulage um 20 Prozent anzuheben, die auch auf die Justizvollzugszulage übertragen werden soll.

Die rechtspolitische Sprecherin der CDU, Karin Tschernich-Weiske, konnte sich in der Vergangenheit vor Ort in den Justizvollzugsanstalten Halle selbst ein Bild über die Arbeit

im medizinischen Bereich benötigen. Die Inhaftierten müssen genauso umfassend versorgt werden wie Krankenkassenpatientinnen und -patienten außerhalb. Zudem suche Bündnis 90/Die Grünen nach Möglichkeiten zur Vermeidung von Haftstrafen und nach alternativen Vollzugsformen. Als Beispiel nannte Striegel das Projekt „Pier 36 – Vollzug in freien Formen“, das bereits seit August 2021 in Sachsen zur Anwendung kommt. Hier können Strafgefangene zwölf Monate vor ihrer Haftentlassung in einer Einrichtung wohnen und werden auf dem Weg in ein Leben außerhalb des Vollzuges unterstützt und begleitet. ■

Amtsangemessene Alimentation

Signifikanter Anpassungsbedarf

Ein Gesetzentwurf der Landesregierung, der jüngst in den Thüringer Landtag eingebracht wurde, sieht eine Anhebung der Bezüge und Sonderzahlungen vor.

Der Entwurf sieht vor, dass die Bezüge der Beamten, Anwärter, Richter und Versorgungsempfänger rückwirkend zum Beginn des Jahres 2023 um 3,25 Prozent steigen sollen. Zudem soll es zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise für das Jahr 2023 eine monatliche Sonderzahlung geben.

Im Regierungsentwurf, der federführend vom Ressort der Thüringer Finanzministerin Heike Taubert erstellt wurde, heißt es: „Wegen der bestehenden Inflation, die sich vor allem in der zum 1. Januar 2023 vorgesehenen Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung, der steigenden Kosten der Unterkunft und insbesondere bei den Energiepreisen manifestiert, besteht im

Ergebnis der Überprüfung der Verfassungsgemäßheit der Alimentation anhand der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts signifikanter Anpassungsbedarf. Aufgrund der Beobachtungspflicht und der Berechnungsvorgaben des Bundesverfassungsgerichts ist es aus Fürsorgegesichtspunkten geboten, bereits im Vorfeld eine prognostische Prüfung für das Jahr 2023 durchzuführen und entsprechende besoldungsrechtliche Regelungen vorzusehen.“

Daher seien zur Sicherstellung einer verfassungsgemäßen Alimentation, insbesondere zur Wahrung des Mindestabstands zur Grundsicherung, ab dem 1. Januar 2023 eine Anpassung der alimentationsrelevanten Be-



soldungsbestandteile um 3,25 Prozent sowie steuerfreie Sonderzahlungen zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise zwingend erforderlich.“

Im Gesetzentwurf ist auch eine erneute Erhöhung der Familienzuschläge ab dem dritten Kind vorgesehen. Alle diese Erhöhungen sollen jedoch mit der nächsten tarifumsetzungsbedingten Besoldungsanpassung verrechnet werden.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Thüringer Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation im Jahr 2023 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vor-

schriften (Vorabdruck) finden Sie in der Parlamentsdatenbank des Thüringer Landtags.

■ Hintergrund

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinen Beschlüssen vom 4. Mai 2020 die Bezüge der Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 des Landes Berlin (Az.: 2 BvL 4/18) und der Besoldungsgruppe R 2 des Landes Nordrhein-Westfalen (Az.: 2 BvL 6/17, 2 BvL 7/17, 2 BvL 8/17) für bestimmte Zeiträume mit Art. 33 Abs. 5 des Grundgesetzes für unvereinbar erklärt. Das Thüringer Finanzministerium hat daraufhin die Besoldung mehrfach anpassen müssen. ■

tlv thüringer lehrerverband

Arbeitstreffen im Zeichen des Lehrermangels

Am 18. Januar 2023 trafen sich die Mitglieder der Landesleitungen von tbb und tlv zu einem gemeinsamen Arbeitstreffen in Erfurt.

Die Leiterin der tbb Landesgeschäftsstelle, Maria Jäkel, informierte über den aktuellen Stand der Verfahren zur amtsangemessenen Alimentation. Es stünde zudem eine Anpassung der Bezüge der Beamten, Anwärter und Versorgungs-

empfänger rückwirkend zum Anfang des Jahres an. Dies und eine steuerfreie Sonderzahlung sähe ein neuer Gesetzentwurf vor. Die Anpassungen seien notwendig geworden, um das vom Bundesverfassungsgericht festgelegte Abstands-

gebot zwischen Bürgergeld und Alimentation einhalten zu können. Das Bürgergeld war zum Beginn des Jahres eingeführt worden.

■ Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung

Außerdem informierte der tbb über die zu erwartenden Änderungen von Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung bei Beamten und insbesondere bei

Lehrkräften. Diese Änderungen seien nach den sogenannten „Stechuhren-Urteilen“ des EuGH (Urteil von 2019) und des BAG (Urteil von 2022) notwendig geworden, in denen die Pflicht des Arbeitgebers, die gesamte Arbeitszeit zu erfassen, konkretisiert wird.

■ Erhöhung Antragsaltersgrenze

Für die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand sieht die derzeitige Regelung für Beamte im Freistaat Thüringen vor, dass sie mit vollendetem 62. Lebensjahr auf Antrag möglich ist. In den meisten anderen Bundesländern und beim Bund sowie bei Renten gilt bereits eine Antragsaltersgrenze von 63 Jahren.

Lehrermangel

In diesen Zusammenhang wurde auch eine vom Thüringer Bildungsministerium vorgeschlagene Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte diskutiert. Sie könnte möglicherweise die mit dem Lehrermangel zusammenhängenden hohen Stundenausfälle kompensieren helfen.

Dass dieser Effekt wirklich greift, wurde wegen überalterter Lehrerschaft stark bezweifelt. Dass Lehremangel, Stundenausfall und planmäßiger Unterrichtsausfall drastische Auswirkungen



> Die Vertreterinnen und Vertreter des tbb und tlV beim Arbeitstreffen Mitte Januar 2023 in Erfurt

auf die Qualität des Unterrichts und zukünftige Absolventen haben werde, stand hingegen au-

ßer Zweifel. Gleichzeitig wurde in dem Zusammenhang auch auf die Chancenungleichheit für

Schülerinnen und Schüler hingewiesen, die ihr Recht auf Bildung nicht in vollen Umfang wahrnehmen können.

Fazit des Arbeitstreffens: Der tlV als mitgliederstärkster Verband der tbb Familie wird von den für 2023 anstehenden Aufgaben viel mehr gefordert werden als bisher gewohnt. Der tbb hat deshalb seine Unterstützung angeboten.

*Uwe Sommermann,
stellvertretender
Landesvorsitzender
tbb beamtenbund und
tarifunion thüringen*

Impressionen



> Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen war mit folgenden Vertreterinnen und Vertretern beim dbb Gewerkschaftstag 2022 in Berlin dabei: Andreas Schiene (stellvertretender Landesvorsitzender tbb); Uwe Sommermann (stellvertretender Landesvorsitzender tbb); Nicole Siebert (stellvertretende Landesvorsitzende tbb); Frank Schönborn (Landesvorsitzender tbb); Saskia Grimm (Jugendvorsitzende dbb jugend thüringen); Uwe Köhler (Schatzmeister tbb); Uwe Allgäuer (stellvertretender Landesvorsitzender tbb); Frank Fritze (Landesvorsitzender tlV) (von links).



> An der dbb Jahrestagung 2023 in Köln nahmen aus Thüringen teil: Regina Bier-tümpfel (Seniorenvorsitzende tbb seniorenvertretung); Mareike Klostermann (Mitglied Landesvorstand tbb); Frank Schönborn (Landesvorsitzender tbb); Doreen Trautmann (Vorsitzende tbb frauenvertretung); Saskia Grimm (Vorsitzende dbb jugend thüringen) (von links).



> Im Rahmen des Thüringer Abends trafen sich die thüringischen Teilnehmenden des dbb Gewerkschaftstages mit den Bundestagsabgeordneten Antje Tillmann (CDU), Dr. Holger Becker (SPD) und Ralph Lenkert (Die Linke), um sich über aktuelle Themen auf Bundes- und Landesebene auszutauschen.

komba gewerkschaft thüringen

VIII. Landesgewerkschaftstag

Unter dem Motto „30 Jahre komba thüringen – stark und unverzichtbar“ veranstaltete der Landesverband Mitte Dezember 2022 nicht nur seinen Gewerkschaftstag, sondern feierte auch den pandemiebedingt ausgefallenen 30. Jahrestag seines Bestehens nach.

Nach Beschlussfassungen zur Modernisierung ihrer Statuten diskutierten die Delegierten aktuelle gewerkschaftspolitische Fragen, die Gegenstand von Beschlussvorlagen waren und die Arbeit der nächsten Jahre bestimmen sollen. Durch die Tagung führte der komba-Ehrenvorsitzende Burkhard Zamboni in gewohnt routinierter Art. Nach dem Geschäftsbericht und dem Bericht der Kassenprüfer wurde die bisherige Landesleitung der komba thüringen entlastet.

Zum neuen Landesvorsitzenden der komba gewerkschaft thüringen wurde Peter Gierke (komba Landesverwaltung Thüringen) gewählt. Seine Stellvertreter sind: Philipp Hein (KV Weimar), Carina Michalsky (KV Altenburger Land) und Volker Kuhnert (komba Landesverwaltung Thüringen). Zu Beisitzern wurden Ulrike Decker (KV Weimar) und Marcel Schmidt (KV Altenburger Land) gewählt. Torsten Kummer wur-

de in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt. Der neue Vorsitzende bedankte sich bei den ausgeschiedenen Mitgliedern der Landesleitung für die langjährige konstruktive Arbeit. Am Gewerkschaftstag nahmen auch der komba Seniorenvertreter Peter Heide und die komba Landesjugendleiterin Sarah Löther teil. Der erkrankten komba Frauenvertreterin Erika Loepke wurden rasche Genesungswünsche übermittelt.

Im öffentlichen Teil konnte die komba gewerkschaft thürin-

gen zahlreiche Vertreter der komba Familie aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Brandenburg begrüßen. Grußworte sprachen Richard Thonius, der Landesvorsitzende der komba gewerkschaft hessen, der die historische und menschliche Verbundenheit der beiden Verbände hervorhob. Unser komba Bundesvorsitzender Andreas Hemsing schwor in seiner flammenden Rede auf die Tarifverhandlungen des Jahres 2023 ein. Staatssekretär Udo Götze vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales hob

den Anteil des öffentlichen Dienstes an der Bewältigung der Krisen der letzten Jahre hervor.

Der Landesvorsitzende des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Frank Schönborn, betonte in seinem Grußwort unter anderem die gute Zusammenarbeit mit der komba thüringen und lobte die Ausbildungsinitiative und die Jugendarbeit.

Schließlich wurde der bisherigen, langjährigen Landesvorsitzenden Marion Illguth die Urkunde zu ihrer Wahl als Ehrenvorsitzende überreicht. In ihrer bewegenden Ansprache betonte Marion Illguth die Bedeutung eines offenen und menschlichen Miteinanders, wofür sie stehende Ovationen erhielt. Für seine 50-jährige Mitgliedschaft in der komba gewerkschaft erhielt Burkhard Zamboni eine Ehrenurkunde aus den Händen des Bundesvorsitzenden.



> Der neue Landesvorsitzende der komba gewerkschaft thüringen, Peter Gierke



> komba Landesgewerkschaftstag Thüringen

dbb jugend

AG Moderner Staat

Die Landesjugendvorsitzende der dbb jugend thüringen, Saskia Grimm, ist auf Bundesebene Mitglied der AG Moderner Staat und stellt deren Ziele vor.

Die AG Moderner Staat, die gemeinsam mit anderen Arbeitsgemeinschaften auf dem Bundesjugendtag im Mai 2022 gegründet worden ist, hat das

Ziel, die Rolle der Jugend im öffentlichen Dienst zu stärken.

Kernthema der AG ist dabei die Steigerung der Motivation

junger Menschen, für einen modernen Staat zu arbeiten.

Die Gewinnung von Nachwuchskräften ist ein zentraler Faktor im Kampf gegen den sich verschärfenden Fachkräftemangel. Der öffentliche Dienst muss für die Jungen als attraktiver Arbeitgeber sichtbar gemacht werden.

Im Rahmen der AG-Arbeit sind zwei Jahrestreffen mit Teilnahme an Arbeitssitzungen mit der Bundesjugendleitung vorgesehen.

Wir als dbb jugend können auf diese Weise unsere Vorstellungen einfließen lassen und uns aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Dienstes beteiligen.

Die konkreten Forderungen der dbb jugend thüringen können als Positionspapier „Attraktiver und junger öffentlicher Dienst“ auf <https://www.thueringer-tbb/jugend/> abgerufen werden.

*Saskia Grimm,
Landesjugendvorsitzende
dbb jugend thüringen*

Einkommensrunde TVöD 2023

Position der dbb jugend thüringen

Wir als dbb jugend thüringen sprechen uns für die folgenden Forderungen in der Einkommensrunde 2023 aus:



© Marc Pascual/Pixabay

> Unbefristete Übernahme nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung

Begründung:

Wir finden, Leistung muss belohnt werden. Bei bestandener Ausbildung sollen die Anwärter auf unbefristete Arbeitsverträge vertrauen dürfen. Wir bilden unsere Fachkräfte selbst

aus, stecken viel Zeit und Geld in eine gute Ausbildung. Da ist es doch nur sinnvoll, die Anwärter auch weiter bei uns zu beschäftigen – und das eben nicht nur auf Zeit.

> Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit bei gleichem Gehalt

Begründung:

In der freien Wirtschaft konnten mit diesem System bereits gute Ergebnisse erzielt werden. Gerade jungen Beschäftigten ist ein Ausgleich zwischen Freizeit und Arbeit wichtig.

Zudem bietet die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit Vorteile für junge Familien. Arbeit und Familie können leichter vereinbart werden.

> Erhöhung der Gehälter um mindestens 10,5 Prozent als Inflationsausgleich, mindestens jedoch 500 Euro sowie die Erhöhung der Ausbildungsgehälter um mindestens 250 Euro

Begründung:

Berufe im öffentlichen Dienst wurden immer mit guter Bezahlung verbunden. Das sollte

auch weiterhin so bleiben. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass Berufe im öffentlichen Dienst attraktiver werden. Das muss sich auch in der Bezahlung widerspiegeln. Mit attraktiver Bezahlung können wir dafür sorgen, dass sich wieder mehr junge Menschen für einen Beruf im öffentlichen Dienst entscheiden.

Zudem trifft die hohe Inflationsrate auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Besonders für die unteren Entgeltgruppen sind die hohen Energie- und Lebenshaltungskosten schwer zu finanzieren. Ein Ausgleich kann für Tarifbeschäftigte nur über eine Lohn-erhöhung erfolgen. ■

Rückblick

Vollmachten & Verfügung/ Erben & Vererben

Der Digitalvortrag am 19. Januar 2023 zum Themenbereich Vorsorge für den Krankheits- und Todesfall stieß auf reges Interesse.

Am 19. Januar 2023 nutzten zahlreiche Mitglieder aus den verschiedenen Fachgewerk-

schaften des Thüringer Beamtenbundes (tbb) das Angebot des tbb und des Partners

BBBank, am digitalen Fachvortrag zu „Vollmachten und Verfügungen/Erben und Vererben“ teilzunehmen.

Nach der Begrüßung und einer kurzen Einführung in den Vortrag durch René Plathe von der BBBank richtete Uwe Sommermann, stellvertretender Landesvorsitzender des tbb, ein Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Teil 1 des Vortrages beschäftigte sich mit Vollmachten und Verfügungen. Dieser gliederte sich in folgende Punkte:

- > Bestellung eines Betreuers
- > Vorsorgevollmacht

- > Betreuungsverfügung
- > Patientenverfügung
- > Bankvollmacht

Der Teil 2 widmete sich dem Thema „Erben und Vererben“:

- > Erbfolge und Erbquote
- > Pflichtteilsberechtigte
- > Erbschaftssteuer
- > Digitaler Nachlass

Am Ende bedankten sich alle Teilnehmer für den gelungenen Digitalvortrag.

In Kooperation mit der BBBank werden weitere kostenfreie Digitalvorträge angeboten:

1. März 2023 | 17 Uhr | Sicheres Onlinebanking

19. April 2023 | 17 Uhr | „Versorgung im öffentlichen Dienst für Beamte/Tarifbeschäftigte“

16. November 2023 | 17–18.30 Uhr | Versorgung im öffentlichen Dienst Beamte/Tarifbeschäftigte

Anmeldung erbeten unter: post@dbbth.de ■



© BBBank/tbb

> Uwe Sommermann